



Grundsätze

Einleitung

Die Gesinnungsgemeinschaft **Liberales innsbruck** versteht sich als eine Vereinigung engagierter Innsbrucker BürgerInnen, die sich den Grundsäulen liberaler Politik verpflichtet fühlt. Diese Pfeiler sind Freiheit, Verantwortung und Toleranz. Auf ihnen beruht unser Zukunftsprogramm, mit dem wir unsere Ziele den Menschen der Stadt Innsbruck vorstellen.

Liberales wollen Freiheit durch Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Demokratie, ohne die Freiheit des anderen einzuschränken.

Unser Ziel ist es, Freiheit in der Gemeinschaft zu schaffen. Dazu gehört aber auch gesellschaftliche Verantwortung, vor allem für sozial schwache und hilfsbedürftige Menschen. Wir wollen gesellschaftliche Verantwortung in der aktiven Bürgergesellschaft übernehmen. Zur Freiheit gehört auch Toleranz. Wir erkennen die Individualität des Einzelnen und die Freiheit des Nächsten in den nötigen Grenzen an.

Das **Liberales innsbruck** setzt auf die moderne aufgeklärte Bürgergesellschaft: Wir wollen eine zukunftsorientierte und bürgerorientierte Politik für mündige InnsbruckerInnen, die das Gemeinwohl aller im Blick hat und dem Einzelnen zugleich Handlungsspielräume lässt. Wir wollen Freiheit durch Verantwortung.

Aufgrund unserer wirtschaftsliberalen Ausrichtung bekennen wir uns zur sozialen Marktwirtschaft, weil sich darin die Leistungsbereitschaft des Einzelnen am Besten entfalten kann und damit die Grundlagen sozialer Gerechtigkeit erwirtschaftet werden. Freiheit braucht auch Mobilität. Sie ist in unserer Gesellschaft ein Grundbedürfnis und unverzichtbar für Freiheit und Wohlstand. Sie ist für uns zu einem unverzichtbaren Leitbild geworden. Wir laden Sie ein, mit uns über das Zukunftsprogramm des **Liberalen innsbruck** zu diskutieren und sich gemeinsam mit uns für die Stadt Innsbruck zu engagieren.



Im Mittelpunkt unserer Grundsätze stehen folgende Schwerpunkte:

Bürgernähe, Bürokratieabbau
Wirtschaft und Arbeit
Finanzen
Sicherheit und öffentliche Ordnung
Bildung
Familien & Seniorenpolitik
Soziales
Sport
Kultur
Umwelt

Bürgernähe, Bürokratieabbau

Die Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürger am Geschehen in Gesellschaft und Staat. Für ihre Legitimität ist es gefährlich, wenn viele Bürger nicht mehr die Notwendigkeit sehen, sich an demokratischen Prozessen (siehe Rückgänge bei der Wahlbeteiligung) zu beteiligen. Daher ist das Verhältnis von Bürger und Staat für Liberale ein Kernthema.

Wir wollen die persönliche Freiheit der einzelnen Bürger, ihren Chancen und ihrer Eigeninitiative gegenüber der Macht des Staates stärken. Liberale wollen weniger Staat und weniger Bürokratie durch Dezentralisierung, Privatisierung und Abbau von Reglementierungen. Liberale wollen die wachsende Macht von Parteien, Organisationen und Verbänden zurückdrängen, damit auch die Interessen von nicht organisierten Bürgern berücksichtigt werden.

Der Staat darf nicht zu einem Instrument von übermächtigen Interessenskartellen werden. Liberale Politik fordert daher den Wandel vom Parteistaat zur Bürgerdemokratie, die durch mehr Instrumente der direkten Demokratie ausgestattet ist.

Die kleinste Einheit der modernen Demokratie ist die Kommune, in der jeder einzelne Bürger unmittelbar Einfluss auf das öffentliche Leben nehmen kann. Das **Liberale Innsbruck** sucht den direkten Kontakt mit den Bürgern: Wir setzen uns für einen offenen Dialog ein, der das Engagement der Bürger belohnt.

Das Ziel muss sein, Bürgernähe aufzubauen und Bürokratie abzubauen, insbesondere durch



- die effizientere Verwaltung, die sich als Dienstleister für den Bürger verstehen sollte und wirtschaftliches Denken zu ihrem Grundsatz machen muss
- bürgerfreundliche Öffnungszeiten der Verwaltung
- die Schaffung zentraler Ansprechstellen in den Bürgerbüros
- die Transparenz in Entscheidungen der Kommunalpolitik und die Einbeziehung des Bürgers in das politische Geschehen, z.B. durch die stärkere Öffnung von Ausschusssitzungen und die Einrichtung von Bürgersprechstunden
- die Nutzung des Internets zur Information und Anhörung der Bürger und für Verwaltungsakte. Dabei kommt dem Datenschutz und dem Schutz der Privatsphäre des Einzelnen besondere Bedeutung zu
- Über E-Gouvernement-Portale müssen Bürger auf jeder Verwaltungsebene möglichst alle Verwaltungsvorgänge problemlos im Internet vornehmen können.

Kommunale Selbstverwaltung ist kein Selbstzweck, sondern muss für den Bürger und dessen Anliegen Verantwortung übernehmen. Die Effizienz der Verwaltung muss durch eine konsequente Verwaltungsreform und Modernisierung verbessert werden. Dazu gehören auch eine moderne Kostenrechnung und konsequenter Bürokratieabbau.

Dies bedeutet, dass

- kommunale Aufgaben ständig auf ihre Notwendigkeit und ihre Auswirkungen für die Freiheit des Einzelnen hin überprüft werden müssen
- die Wirtschaftlichkeit öffentlicher Aufgaben hinterfragt werden muss. Aufgaben, die Private gut und wirtschaftlich erfüllen können, z. B. im Rahmen von Public-Private-Partnership an Dritte vergeben werden
- bei den notwendigen kommunalen Aufgaben stets die Möglichkeit zu prüfen ist, ob durch sinnvolle Kooperationen mit anderen Kommunen Synergieeffekte zu erzielen sind
- Gesetze sind grundsätzlich daraufhin zu überprüfen, ob sie befristet mit einem Verfallsdatum versehen werden können. Auch ist der finanzielle Aufwand, welcher durch die Erlassung eines Gesetzes verbunden ist, bei der Beantragung verpflichtend abzuschätzen.
- Einführung des Bürgergeldes (siehe Kapitel Soziales)

Wirtschaft und Arbeit

Das **Liberale innsbruck** möchte bestehende Arbeitsplätze sichern und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Arbeit ist mehr als Erwerbseinkommen. Arbeit bedeutet soziale Integration, Anerkennung, die Möglichkeit, ein selbst bestimmtes Leben in Würde zu führen und das Einkommen für sich und die eigene Familie zu sichern. Liberale Wirtschaftspolitik bedeutet besonders für mittelständische Strukturen, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen für Investitionen zu setzen.

Hierzu gehören

- die Schaffung einer intakten Infrastruktur und ausreichende Gewerbeflächen
- die Einrichtung von „one-stop-agencies“ für alle Probleme, die im Zusammenhang mit der Gründung und dem Betrieb kleinerer und mittelständischer Unternehmen entstehen, denn eine leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat der Volkswirtschaft und des Logistikstandortes. Die Straße bleibt Hauptverkehrsträger mit über 90 Prozent des Personenverkehrs und 70 Prozent des Güterverkehrs
- die schnelle Genehmigung und Entscheidung über Verwaltungsakte, die für private Betriebe notwendig sind und kompetente Beratung durch gut ausgebildetes Personal
- der Abbau bürokratischer Hemmnisse
- die transparente Vergabe öffentlicher Aufträge
- die konsequent marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsförderung
- die Schaffung von innovations- und investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen, insbesondere für den Mittelstand
- Liberalisierung der Ladenöffnungs- und Sperrzeiten in der Gastronomie
- Bekämpfung monopolistischer Strukturen durch eine Politik der Marktöffnung (insbesondere bei den Netzindustrien (Telekommunikation, Post, Bahn, Energie, Wasser))
- Verstärkte Maßnahmen gegen die illegale Beschäftigung

Der freie Wettbewerb ist ein Kernelement der sozialen Marktwirtschaft und zentrales Anliegen des **Liberalen innsbruck**. Der Staat darf in der Wirtschaftspolitik nur in den Wettbewerb eingreifen, wo ordnungspolitische Maßnahmen die Benachteiligung einzelner oder die Bildung von Kartellen verhindern (siehe meritorische Güter).

Freier Wettbewerb führt nicht zuletzt auch zur Verbesserung der Kosteneffizienz, zur Leistungsverbesserung und zur Ansiedlung neuer Unternehmen und damit zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt



Innsbruck und der gesamten Region. Der Stellenwert der Wirtschaft für Innsbruck und eine aktive Standortpolitik sind Kernthemen der liberalen Kommunalpolitik.

Zu einer aktiven Standortpolitik gehören

- die Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt durch die Vergabe öffentlicher Aufgaben an die heimische Privatwirtschaft
- die Förderung der Ansiedlung technologieorientierter Unternehmen und die Erleichterung von Existenzgründungen, z.B. durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten und strukturellen Einrichtungen
- die Prüfung und Nutzung sämtlicher Einsparpotentiale, um durch möglichst niedrige Steuern und Abgaben Innsbruck zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort zu machen
- die Bedeutung des Tourismus für die Innsbrucker Wirtschaft anzuerkennen und als Wirtschaftsfaktor weiter auszubauen
- die Bereitstellung günstiger Grundstücke bzw. Büro- und Betriebsflächen für kleine und mittelständische Betriebe und Dienstleistungsunternehmen.

Besonderes Augenmerk gilt jedoch den meritorischen Gütern.

Beispiele dafür sind:

Sozialversicherungen, bestimmte Haftpflichtversicherungen, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, gesetzliche Altersvorsorge, Bildung, Jugendbetreuung, Gesundheitsvorsorge, Kultur und Müllentsorgung.

Meritorische Güter dürfen nicht an Private ausgegliedert werden, da sich die Verantwortlichkeit über große Zeiträume, oft über Generationen erstreckt, und daher von privater Seite die soziale Sicherung nicht garantiert werden kann.

Finanzen

Der Staat soll angemessen am Erwerbserfolg der Privaten teilhaben – um die unausweichlichen Staatsausgaben finanzieren zu können. Das liberale Steuerkonzept sieht vor, dass sich der Staat aus der bequemen Politik des „Steuern mit Steuern“ verabschiedet. Keine Steuergeschenke für bestimmte Interessensgruppen, sondern eine konsequente Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit.

Das **Liberale Innsbruck** setzt sich für ein einfaches und transparentes Steuerrecht ein (Kriterien: niedrig, einfach, gerecht), und zwar auch im Bereich der kommunalen Steuern und Abgaben.

Jene, die kommunale Aufgaben in Anspruch nehmen, müssen für diese



Dienstleistungen Gebühren entrichten. Dabei ist stets nach dem Leistungsprinzip vorzugehen, wobei jedoch individuelle Besonderheiten immer im Blick gehalten werden sollten.

Nur durch Steuerentlastung kann Wachstum entstehen – nur durch Wachstum gibt es mehr Beschäftigung – nur durch mehr Beschäftigung ist dauerhaft eine Haushaltskonsolidierung möglich.

Gleichwohl kann kommunale Selbstverwaltung nur dann in eigener Verantwortung wahrgenommen werden, wenn eine Finanzausstattung gesichert ist. Dies ist auch Aufgabe des Bundes und der Länder. Die liberale Gemeindefinanzreform nimmt den gewichtigen Wunsch der Gemeinden nach einem stabilen finanziellen Fundament ernst und sieht einen fixen Anteil für die Gemeinden von der Umsatzsteuer vor. Die finanzielle Situation der Stadt Innsbruck ist derzeit ausgeglichen. Das **Liberale innsbruck** setzt sich daher gerade jetzt dafür ein, eine nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik zu verfolgen. Denn die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen und diese belasten nachfolgende Generationen.

Daher fordern wir

- sämtliche öffentlichen Ausgaben auf mögliche Einsparungen zu kontrollieren
- für die Finanzierung neuer öffentlicher Projekte zunächst einmal die Möglichkeiten
- individueller Finanzierung zu prüfen und Schulden grundsätzlich nur im Ausnahmefall
- zuzulassen
- öffentliche Aufgaben und Beteiligungen weitestgehend zu privatisieren und städtisches
- Eigentum zu marktgerechten Preisen zu verkaufen
- Umsetzung eines effizienten Controllingsystems der ausgelagerten Betriebe
- Abschaffung der Gewerbe- und Vergnügungssteuer.

Sicherheit und öffentliche Ordnung

Freiheit und Sicherheit gehören untrennbar zusammen. Dies gilt auch für eine moderne liberale Politik. Sicherheit kann dazu beitragen, die Freiheit zu erhalten. Gleichwohl ist die Freiheit des Einzelnen das Maß, das in der Politik für die Einschränkung der Gemeinschaft bestimmend ist.

Im liberalen Rechtsstaat darf der Drang nach Sicherheit nicht zur Einschränkung der Bürgerrechte führen. Für Liberale ist der Staat nicht



der Vormund der Bürger, sondern deren Instrument zur Sicherung der offenen Bürgergesellschaft.

Die Aufgabe des Rechtsstaats ist hierbei eindeutig: Er muss Freiheit und Eigentum der Bürger schützen. Neben der Verbrechensbekämpfung ist die Prävention äußerst wichtig.

Dies gilt z.B. für die Arbeit mit Jugendlichen oder solchen Gruppen, die nicht ausreichend in die Gesellschaft integriert sind. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Schulen, Vereinen sowie privaten und öffentlichen Institutionen sollte dabei selbstverständlich sein. Die offene Bürgergesellschaft zeichnet sich durch Freiheit in Sicherheit und Freiheit durch Sicherheit aus.

Die Grenze der Freiheitssicherung ist überschritten, wo die Ordnung zum Selbstzweck wird. Letzter Maßstab hierfür ist deswegen nicht die Effizienz, sondern die Rechtsstaatlichkeit. Eine Gefahr für den Rechtsstaat stellen die Vollzugsdefizite dar, denn sie höhlen den Respekt vor dem Recht ebenso aus, wie sie das Rechtsbewusstsein untergraben.

Daher muss

- der Rechtsstaat auf die Unschuldsvermutung setzen
- den Datenschutz einhalten
- Private Personen nicht ohne Genehmigung durch Videos überwachen
- der Staat über geeignete Mittel zur Kriminalbekämpfung und Strafverfolgung verfügen
- Polizei- und der Sicherheitsbehörden ausreichend ausgestattet sein

Bildung

Bildung bedeutet Entfaltung der Persönlichkeit des heranwachsenden Menschen. Sie ist ein Bürgerrecht zur optimalen Förderung jeder Begabung in allen Lebensabschnitten.

Voraussetzung dafür ist ein hervorragendes Bildungswesen - von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung.

Liberales Bildungspolitik ist die Bereitstellung bestmöglicher Bildungseinrichtungen. Gute Bildung bedeutet, dem Einzelnen die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und Verantwortung zu bereiten. Bildung bedeutet auch, zu fördern, wo Förderung notwendig ist und zu fordern, wo mehr Forderung möglich ist.

Das **Liberales Innsbruck** setzt sich daher ein für

- die budgetäre Gleichstellung öffentlicher und privater Schulen



- die Verbesserung der Arbeit der bestehenden Schulen durch strukturelle Reformen und ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung und einen Leistungsansporn durch leistungsorientierte Gehälter
- die Förderung der Autonomie und des Wettbewerbes zwischen den Schulen, um eine individuelle Profilbildung der Schulen zu erleichtern, damit der Wettbewerb zur Sicherung einer hohen Qualität beiträgt
- die qualitative Verbesserung der Ausbildung, z. B. durch frühzeitigen Sprachunterricht
- die Förderung von ehrenamtlichem Engagement im Bildungsbereich durch Lehrer, Eltern oder Schüler
- frühkindliche Bildung für die Chancengleichheit
- möglichst früher Eintritt in die Schulausbildung (ab vollendeten 5. Lebensjahr)
- verbindliche Sprachkenntnisse beim Eintritt in die Grundschule (das Kind muss dem Unterricht folgen können)
- Flächen deckendes Angebot an Ganztagschulen
- Studienentgelte (werden erst nach dem Studium je nach wirtschaftlichen Möglichkeiten bezahlt)
- effizientes Stipendien- und Darlehenssystem
- Modularisierung des gesamten Bildungssystems
- bessere Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie

Bildung und Ausbildung sind vor allem für die berufliche Qualifikation entscheidend. Investitionen in die Bildung sind daher als Investitionen in die Zukunft der BürgerInnen zu verstehen und ein Schwerpunkt liberaler Politik.

Familienpolitik mit gezielter Kinder- und Jugendpolitik

Die liberale Bürgergesellschaft braucht Zusammenhalt und Mitverantwortung. Freiheit bedeutet nicht gesellschaftliche Vereinzelung und Bindungslosigkeit. Für Liberale sind alle (Lebens)Gemeinschaften wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Ehe und Familie sind tragende Verantwortungsgemeinschaften, die zu Recht unter besonderem Schutz stehen.

Die liberale Familienpolitik verlangt einen grundlegenden Wandel der Förderung von Familien. Es müssen endlich alle Formen der Partnerschaft, innerhalb derer Kinder aufwachsen, gleichmäßig unterstützt werden: Alleinerziehende und Patch-Work-Familien verdienen mehr gesellschaftliche Anerkennung. Nur so kann erreicht



werden, dass sich wieder mehr Menschen für Kinder entscheiden.

Der Staat muss die gesellschaftliche Realität berücksichtigen und der heutigen Lebensplanung der Bürger Rechnung tragen. Immer mehr Menschen suchen nach Wegen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der heutige Umgang mit Kindern bestimmt den Charakter der Gesellschaft von morgen. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Kinder sind als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten und Pflichten anzuerkennen, daher sind ihre Interessen und Bedürfnisse durch deren Partizipation zu gewährleisten.

Es sind kinderfreundliche Rahmenbedingungen schaffen und unfaire Nachteile auszugleichen durch:

- bedarfsgerechten Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten
- Kinderbetreuungsangebote bereits ab Ende des Mutterschutzes
- Ganztagsangebote und flexible Öffnungszeiten
- Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem 3. Lebensjahr
- entgeltfreier Halbtageskindergarten ab dem 4. Lebensjahr
- Steuerliche Sonderabsetzbetrag für Tagesmütter oder Haushaltshilfe
- mehr Ganztagschulen in den unterschiedlichsten Ausprägungen als Angebot für SchüleInnen aller Schularten
- Familienfreundlichkeit muss als Standortfaktor erkannt und gezielt verstärkt werden

Seniorenpolitik

Die Unantastbarkeit der Menschenwürde gilt für Menschen jeden Alters. Jede Gemeinschaft lebt von den Fähigkeiten und den Erfahrungen der Menschen.

Wir brauchen die Energie und die Kraft der Jugend ebenso, wie die Erfahrung und das Wissen der älteren Generationen. Alt und Jung haben allerdings unterschiedliche Vorstellungen und Bedürfnisse. Wir wollen, dass die Generationen miteinander leben, sich ergänzen und voneinander lernen. Das ergibt eine neue Sicht auf anstehende Probleme.

Noch nie gab es in Mitteleuropa so viele ältere Menschen, die ihre dritte Lebensphase so aktiv, engagiert und gesund erleben können, daher müssen Lösungsvorschläge aus dieser neuen Sicht erarbeitet und die politische Umsetzung mit Nachdruck betrieben werden.

Nur gemeinsam können Jung und Alt tragfähige Visionen für die Zukunft



entwickeln. Seniorenpolitik ist nicht als isoliertes Themenfeld zu verstehen, sondern als alle Politikbereiche durchdringende Querschnittsaufgabe. Wir wollen gemeinsam mit den Älteren einen Beitrag für ein neues Seniorenbild in unserer Gesellschaft leisten.

Die Systeme der sozialen Sicherung müssen dem Umbruch auf dem Arbeitsmarkt und der demografischen Entwicklung angepasst werden. Versorgungssicherheit, Beitragsstabilität und Generationengerechtigkeit sind die Ziele. Grundsatz ist die Pflicht zur Versicherung statt Pflichtversicherung, damit die Menschen entscheiden können, wie und wo sie die großen Risiken abdecken wollen.

In Zukunft sind in allen Systemen neben einer Grundsicherung Eigenvorsorge und Eigenverantwortung notwendig. Wir setzen uns für verbesserte Rahmenbedingungen für ein würdevolles Altern ein. Senioren sollen ihr Leben nach persönlichen Möglichkeiten und Vorstellungen eigenverantwortlich und selbst bestimmt ohne Angst vor Einschränkungen gestalten können.

Daher stellen wir folgende liberale Grundforderungen:

- Die gesetzliche Altersgrenze für berufliche Tätigkeiten ist zu überprüfen und
- gegebenenfalls abzuschaffen.
- Gesellschaftliche Verantwortung ist an ehrenamtliche Einrichtungen zu übertragen.
- Ambulante Dienste müssen ausgebaut werden.
- Es muss mehr Freiheit in der Auswahl der Pflegeleistungen geben.
- Das Recht auf eine Patientenverfügung ist verfassungsrechtlich zu verankern.

Soziales

Jeder Mensch kann ohne eigenes Verschulden in eine Lage gebracht werden, in der er Hilfe benötigt. Liberale Politik fordert Chancengleichheit, liberale Sozialpolitik bedeutet Verantwortung gegenüber Schwachen und Hilfe zur Selbsthilfe. Zum Grundsatz der Toleranz gehört die Förderung der Integration von Gruppen, die am Rande der Bürgergesellschaft stehen.

Liberale Politik fordert daher:

- Einführung des liberalen Bürgergeldes. Es beruht auf einem einfachen und transparenten Sozialsystem, das auf Leistung und Gegenleistung beruht. Im Bürgergeld werden alle steuerfinanzierten Sozialleistungen zu



einer einzigen zusammengefasst.

Das Sozialgeld wird mit der Steuer verrechnet. BürgerInnen mit geringem oder gar keinem Einkommen erhalten das Bürgergeld als „Negative“ vom Finanzamt ausbezahlt. Es wird jedoch bei der Ablehnung einer zumutbaren Arbeit gekürzt. Derjenige, der arbeitet, muss spürbar mehr Geld erhalten, als derjenige, der nicht arbeitet.

- Eine breite Unterstützung jeder Form von privatem Engagement, dem der Vorzug vor öffentlicher Trägerschaft zu geben ist.
- Die Stärkung der sozialen Dienste durch Förderung privater Vereine.

Hilfe, die dem Geförderten ohne zwingenden Grund Aufgaben, Entscheidungen, Verantwortung und Risiko abnimmt, widerspricht der Pflicht zur Selbstsorge.

Liberale sind im Zweifel für die freiwillige Selbstorganisation der Bürger. Vereine, Genossenschaften, Stiftungen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfeorganisationen und andere freiwillige Kooperationen haben bei der Wahrnehmung gemeinnütziger Aufgaben in der Bürgergesellschaft Vorrang vor dem Staat. Private Initiativen, beispielsweise in der Kinderbetreuung oder Altenpflege, müssen von Bürokratie und überzogenen Regulierungen befreit werden.

Politik für Menschen mit einem Handicap

Im Mittelpunkt einer liberalen Behindertenpolitik steht der Mensch mit Handicap, nicht das Handicap. Deshalb muss diese gemeinsam mit behinderten Menschen gemacht und mitgestaltet werden. Liberale Politik muss für einen fairen Nachteilsausgleich sorgen.

Zuwanderung und Integration

Österreich ist und bleibt ein Einwanderungsland. Wir Liberalen fordern daher eine sachliche Diskussion dieser Problematik. Wir bekennen uns zu einem kulturellen Miteinander auf der Grundlage universeller Werte. Wir erwarten von den Zuwanderern die Bereitschaft, Integrationsangebote wahrzunehmen und die deutsche Sprache zu erlernen. Ghettobildungen, mangelnde Deutschkenntnisse, Kriminalität und religiöse Intoleranz dürfen nicht übersehen. Die Entstehung von Parallelgesellschaften muss auch mit restriktiven Mitteln verhindert und eingedämmt werden. Religionsfreiheit darf von beiden Seiten nicht als Vorwand für Gewalt und Unterdrückung missbraucht werden. Wir sind gegen jede Toleranz gegenüber der Intoleranz.

Sport

Sport steht für Lebensfreude, Leistung und Fairness. Dies sind zugleich auch liberale Maßstäbe. Liberale Sportpolitik unterstützt den Spitzensport ebenso, wie den Breiten-, Behinderten- und Schulsport. Sportvereine leisten wertvolle Arbeit bei der Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere im Jugendbereich. Zudem trägt Sport in erheblichem Maße zur Vorsorge gegen Krankheiten und zur Gesundheitsförderung bei.

Das **Liberale innsbruck** unterstützt daher

- die sinnvolle Verwendung des Sportbudgets zur Förderung des Breitensports
- die Verbesserung der Infrastruktur für den Individualsport
- die bedarfsgerechte und nach wirtschaftlichen Maßstäben abgestimmte Bereitstellung und Nutzung von Sportstätten
- finanzielle Koordination: Die Sportanlagen sollen durch die jeweiligen Nutzer mit einem angemessenen finanziellen Beitrag bedacht werden
- die bessere Vernetzung der Bereiche Sport und Gesundheit
- den Einsatz von Sport als Werbebotschafter für die Kommune
- die Sport-Geißel Doping ist mit allen Mitteln zu bekämpfen
- Subventionen sind Investitionen in die Gesundheitsvorsorge und in die Zukunft nachfolgender Generationen.

Kultur

Kultur ist wichtig und förderungswürdig, nicht nur zur Pflege der Tradition, sondern auch für die Verständigung der Menschen. Zusätzliches politisches Gewicht erhält Kulturarbeit durch die Tatsache, dass in einer modernen Demokratie traditionelle Werte nicht mehr für alle Bürger die gleiche Verbindlichkeit besitzen.

Liberale Kulturpolitik hat daher das Ziel, ein geistiges Klima zu schaffen, in dem kulturelle Vielfalt vom Bürger als Bereicherung erfahren wird, die er produktiv nutzen kann. "Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei." Zur Sicherung dieser Freiheit gehört nach liberaler Auffassung auch die Verpflichtung des Staates, seinen Bürgern den Zugang zu kulturellen Einrichtungen zu ermöglichen.

Museen und Bibliotheken, Universitäten, Akademien und andere



Bildungseinrichtungen, kulturelle Veranstaltungen, Ausstellungen und Aufführungen sollen den Menschen nicht nur zur Unterhaltung oder Belehrung dienen, sondern ihnen bei der Orientierung in einer komplexen und verändernden Umwelt helfen.

Kunst und Kultur haben auch eine ökonomische Dimension. Staatsausgaben für Kultur dürfen daher nicht als bloße Alimentierung des kulturellen Lebens betrachtet werden, sie sind vorrangig eine Investition in Bildung und zugleich ein Aspekt investiver Ausgaben für die Tourismus- und Wirtschaftsförderung.

Der „Return on Investment“ besteht auch in der Imagesteigerung mit allen positiven wirtschaftlichen Folgen für die Stadt.

Das liberale Innsbruck will

- keinen Freibrief für Kulturausgaben
- klare Kultur-Konzepte
- Transparenz und Objektivität bei der Vergabe staatlicher Förderungen
- kein gleichmäßiges Absenken der öffentlichen Mittel über die geförderten Institutionen hinweg; dies führt zum langsamen künstlerischen Ausbluten und bringt letztlich alle in Existenzgefahr - daher: Prioritäten setzen
- die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern

Umwelt

Natur und Umwelt bilden den Lebensraum für den Menschen und verdienen den Schutz der Gesellschaft. Natur und Umweltschutz sind traditionell und aus dem Gefühl der Verantwortung heraus Forderungen liberaler Politik. Aber auch hier sind maßvolle Lösungen entscheidend, die keine negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeiten haben und den Bürger nicht in seiner Freiheit beeinträchtigen. Ökologie ist langfristig Ökonomie einer liberalen Marktwirtschaft. Naturschutzmaßnahmen müssen naturwissenschaftlich begründet und seriös auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

Der Mensch ist dem Naturschutz verpflichtet. Wir stehen für eine Umweltpolitik, in deren Mittelpunkt der Mensch steht.

Liberaler Politik fordert daher:

- die Einhaltung von Belastungsgrenzen beim Schadstoffausstoß, so z.B. bei der Feinstaubbelastung
- ein effizientes Energiemanagement von öffentlichen Gebäuden
- die Förderung der Nutzung regenerativer Energien und innovativer



- Technologien
- die Prüfung der Nutzung von Public-Private-Partnership Modellen auch im Energiebereich
 - den Schutz und die Pflege der Naturlandschaft, möglichst durch private Initiativen

Umweltpolitik ist nicht allein Naturschutz. Sie ist auch Gesundheitsschutz, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und damit Teil der Wahrnehmung sozialer Verantwortung. Sie betrifft nicht zuletzt auch schutzbedürftige Tiere.

Freiheit und Zukunft

Unser Programm für mehr Freiheit ist ein Programm gegen die Angst vor den Risiken der Zukunft. Das größte Risiko liegt heute nicht darin, das Bestehende zu verändern, sondern darin, es nicht zu tun.

Es gibt keine Zukunft ohne die Bereitschaft zur Veränderung. Veränderung heißt auch Risiko. Wer alle Risiken ausschließen will, zerstört auch alle Chancen. Das ist die größte aller Gefahren. Wir betrachten die Gegenwart realistisch und leiten aus den Erfahrungen der Vergangenheit den Optimismus ab, mit liberalen Antworten die Zukunft der Gesellschaft erfolgreich gestalten zu können.

Die Idee der Freiheit muss sich täglich in konkreter Politik gegenüber den Menschen beweisen und deren Fragen beantworten. Weitere Maßstäbe unseres politischen Handelns sind: Freiheit vor Gleichheit, Erwirtschaften vor Verteilen, Privat vor Staat, Eigenverantwortung statt Staatsgläubigkeit, Chancengleichheit statt Gleichmacherei.